

2780/J XXI.GP
Eingelangt am: 13.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Glawischnig Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft & Arbeit

betreffend Verbund/E.ON - Deal

Die Zusammenlegung der Wasserkraftkapazitäten von Verbund und dem deutschen Atomriesen E.ON ist nach dem Einstieg der EdF in der Steiermark und der RWE in Kärnten der dritte Sündenfall der österreichischen Energiepolitik. Mit dem Einstieg eines weiteren ausländischen Atomriesen in Österreich ist nicht nur die österreichische Anti - Atom - Politik vollends unglaubwürdig, sondern auch eine saubere österreichische Energielösung endgültig gestorben. Die jahrelangen Versäumnisse zur Kooperation in der österreichischen Energiewirtschaft zeigen nun genau die Konsequenzen, vor denen die Grünen jahrelang gewarnt haben. Tausende ÖsterreicherInnen haben sich bei einer Unterschriftenaktion der Grünen gegen einen Ausverkauf der E - Wirtschaft und eine österreichische Lösung ausgesprochen. Die Wasserreserven sind das wichtigste energiepolitische Vermögen Österreichs. Anstatt diese sauber und nachhaltig im Rahmen einer österreichischen Lösung zu nutzen, dienen sie nun dazu, das angeschlagene Image des zweitgrößten europäischen Atomstromproduzenten zu säubern.

Der 40% - Anteil der E.ON an den gemeinsamen Wasserkraftkapazitäten mit dem Verbund soll angeblich nur der erste Schritt sein, da bereits eine Option auf einen 49% - Anteil ausgehandelt sei. Ausserdem befindet sich der deutsche Atomriese auf klarem Expansionskurs im Ausland mit dem Ziel, der weltgrößte Strom - und Gaskonzern zu werden. Dafür verfügt die E.ON über eine prall gefüllte Kriegskasse von 30 bis 45 Mrd. Euro (413 bis 619 Mrd S).

E.ON setzt weiter auf den Ausbau der Atomenergie und übt im Rahmen der Atomlobby Atomforum Druck auf die deutsche Regierung aus, den Atomausstieg zurückzunehmen. Der Strommix der E.ON besteht aus 51% Atomstrom und 39% Strom aus Kohlekraftwerken. Zudem baut die E.ON Zwischenlager für seine Atomkraftwerke, die Atom Müll eines Kraftwerkbetriebes von 40 bis 50 Jahren aufnehmen können und nicht nur für die nächsten 20 Jahre, wie im Ausstiegsvertrag versprochen. E.ON ist auch nach wie vor einer der Hauptbieter für den tschechischen Atomstromkonzern CEZ, der unter anderem Temelin und Dukovany betreibt. Ausserdem importiert E.ON weiterhin Atomstrom aus Tschechien, jetzt allerdings über den europäischen Zwischenhändler Enron. Laut Geschäftsbericht 2000 will die E.ON auch im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung die Position eines international führenden Unternehmens erreichen.

Dieses Unternehmensprofil steht diametral zur starken Ablehnung von Atomstrom in der österreichischen Bevölkerung und zu den bestehenden österreichischen Gesetzen. Ausserdem lehnen 57% der ÖsterreicherInnen den Verkauf von Energieversorgungsunternehmen ab, gar 66% befürchten eine Verschlechterung der

zukünftigen Trinkwasserversorgung bei einer Übernahme durch ausländische Konzerne.

Die Begründung für das „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ lautet: „Diese Anti - Atom - Politik besteht nicht nur in dem eigenen Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernkraft zum Zwecke der Energiegewinnung, sondern wirkt allgemein darauf hin, risikoreichen Umgang mit spaltbarem Material zu verhindern und andere Staaten dazu zu bewegen, auf die Nutzung der Atomkraft zu verzichten.“ Damit widerspricht diese Zusammenarbeit, die ganz klar einem Atomstromkonzern zu einem wirtschaftlichen Vorteil verhilft, der Zielsetzung der Verfassung.

Die Aussagen der beteiligten Regierungsmitglieder und des Verbundvorstandes, der Verbund habe in der zukünftigen Konstruktion das Sagen und die Verfügungsgewalt über die Wasserreserven bleiben unangetastet, ist angesichts des Grössen - und Machtunterschiedes zwischen den beiden Partnern reines Wunschdenken.

Für die Zukunft der österreichischen Wasserkraft und die Glaubwürdigkeit im Bereich der Anti - Atom - Politik spielen die genauen Vertragsbedingungen eine grosse Rolle.

Die Bevölkerung Österreichs hat das Recht, über Einzelheiten und Hintergründe dieser Zusammenarbeit, die Auswirkungen auf die österreichischen Wasserreserven und Importe von Atomstrom informiert zu werden.

Aus all diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgende

ANFRAGE:

1. Gibt es bereits eine Option für die Erhöhung des Anteiles der E.ON von 40 auf 49%?
2. Wenn nein, ist eine solche vorgesehen?
3. Ist es richtig, dass alle wichtigen Entscheidungen durch E.ON und Verbund einstimmig getroffen werden müssen (Einstimmigkeitsprinzip)?
4. Wenn ja, erlangt damit nicht die E.ON die Mitverfügungsgewalt über die österreichischen Wasserreserven?
5. Beabsichtigen Sie, alle Verträge und Absprachen zwischen der E.ON und dem Verbund offen zu legen und dem Parlament und der österreichischen Bevölkerung zugänglich zu machen?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Rechtfertigt die Bewertung der eingebrachten Wasserkraftwerke von Verbund und E.ON wirklich ein Beteiligungsverhältnis von 60 zu 40 für den Verbund?
8. Wie lauten konkret die erwarteten ökonomischen und ökologischen Vorteile für den Verbund aus der Zusammenarbeit mit der E.ON?
9. Wie sehen die zukünftigen Eigentumsrechte an den österreichischen Wasserreserven (9 Donaukraftwerke, 41 Kraftwerke an der Drau, Salzach, Enns, Mur und Inn und 15 Speicherkraftwerke in den Alpen) aus?